Der Bund

BERN

Waldstadt Bremer ist machbar – auf Papier

Von **Stefan Sonderegger**. Aktualisiert am 22.06.2011 **18 Kommentare**

Die Initianten der Idee einer Stadterweiterung zwischen Länggasse und Bremgartenwald präsentierten eine Machbarkeitsstudie. Soll die Waldstadt einmal Realität werden, führt der Weg wohl nicht am Bundesgericht vorbei.

Architekt mit rot-grünen Freunden: A. v. Graff enried (GFL), P. C. Jakob (Bauart), U. Wyss (SP) und J. Estermann (SP). (Adrian Moser)

Artikel zum Thema

Kommentar: Waldstadt-Promotoren

Nun ist sie öffentlich: Die **Berner** Architekten vom Büro Bauart präsentierten gestern eine Machbarkeitsstudie zur **Waldstadt Bremer**,

versuchen den Spagat

Stichworte

Waldstadt Bremer
Bern
Bern II (Länggasse-Felsenau)
Bern III (Mattenhof-Weissenbühl)

worin das Projekt als «grundsätzlich realisierbar» eingeschätzt wird. Zur Medienkonferenz ins Kornhausforum hatten die Architekten zusammen mit dem Förderverein und dem Beirat der Waldstadt geladen, und am Ende der Konferenz nahm Stadtpräsident Alexander Tschäppät das Papier offiziell entgegen.

Die Autoren der Machbarkeitsstudie untersuchten verkehrsplanerische und juristische Aspekte des Projekts, das Wohnungen und Arbeitsplätze für je 8000 Menschen bieten soll und damit der Zersiedelung in der Schweiz entgegenwirken will. Finanziert wurde die Studie von Bauart, privaten Investoren und dem Bundesamt für Raumentwicklung, das rund 100 000 Franken beisteuerte, wie Architekt Peter C. Jakob gestern am Rande der Medienkonferenz erklärte. Da mit Einsprachen zu rechnen ist, könnten die Wohnungen wohl frühestens in 20 Jahren bezogen werden: «Im Falle eines Bundesgerichtsurteils dauert die Bauphase wohl bis 2030», sagte Jakob.

Übers Roden entscheiden Juristen

Knackpunkt bleibt das Bauen im Wald. In der Schweiz ist der Wald geschützt und darf grundsätzlich nicht in Bauland umgewandelt werden. Das Bundesgesetz erlaubt eine Rodung nur, wenn nachgewiesen werden kann, warum gerade an dieser Stelle gebaut werden muss. Der Jurist der Machbarkeitsstudie, der ehemalige Zürcher Stapi Josef Estermann (SP), sagte dazu: «Die Frage, ob für Raumplanung 43 Hektaren Wald gerodet werden dürfen, ist noch nicht restlos geklärt.» Bisher habe noch kein Gericht einen solchen Fall beurteilt. Damit das Projekt Chancen habe, müsse es «höchsten Ansprüchen» entsprechen. Estermann sagte, die aktuelle Rechtslage spreche für die Waldstadt.

Ein zentrales Argument der Initianten ist die Auffassung, das Projekt leiste einen Beitrag gegen die Zersiedelung und habe deshalb schweizweite Bedeutung, wie Ursula Wyss (SP), Präsidentin des Fördervereins, erklärte. Die Planer argumentieren mit dem «kleinen ökologischen Fussabdruck» der Stadterweiterung: «Es gibt keinen anderen Ort in der Region Bern, der gleichermassen geeignet ist», sagte etwa Estermann. Die hintere Länggasse sei zentrumsnah und gut für den Verkehr erschlossen. Laut den Verfassern der Studie verbraucht ein Agglomerationsbewohner wesentlich mehr Landfläche als ein Stadtbewohner. Denn: Der Städter brauche keine

zusätzlichen Anfahrtsstrassen und sei häufiger zu Fuss unterwegs. Ein weiteres Argument Estermanns betrifft die Entwicklung der Länggasse. Das Quartier sei unter Wachstumsdruck, da die Universität und das Inselspital das Quartiergeschehen beeinflussten. «Diese beiden Institutionen sind einem starken Wachstum ausgesetzt, weshalb mehr Wohnraum für die Universitäts- und Spitalangestellten geschaffen werden muss», sagte er. Bei der Quartierbevölkerung sind diese Argumente nicht angekommen, lehnt doch der Länggass-Leist das Projekt ab.

Finanzierbarkeit sei kein Problem

Finanzieren wollen die Architekten die Waldstadt mit einer Umzonung: Die Burgergemeinde soll der Stadt den Wald für 10 Franken pro Quadratmeter verkaufen, damit diese das Land dann für über 1000 Franken pro Quadratmeter an private Investoren weiterverkaufen kann. Mit dem Gewinn – rund 600 Millionen Franken – will Bauart die Überdachung der Autobahn finanzieren. «An dieser Lage ist es einfach, Käufer zu finden», erklärte Jakob. Ein potenzieller Investor ist die Mobiliar-Versicherung, die sich bereits an der Machbarkeitsstudie beteiligte.

Nun ist das Papier offiziell in den Händen der Stadtberner Regierung. Stadtpräsident Alexander Tschäppät nahm es mit «Wohlwollen» entgegen und sagte: «Wir werden die Studie nun kritisch und mit viel Sachverstand prüfen.» (Der Bund)

Erstellt: 22.06.2011, 06:55 Uhr

Alle Kommentare anzeigen